

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

280 (1.12.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschließlich 80 3 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abständen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25.— M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Postfach 24, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Kärntner in der preussischen Landesversammlung

Annahme der preussischen Verfassung

Berlin, 30. Nov. In der preussischen Landesversammlung kam es bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Entsendung der Kärntner im Rahmen der dritten Beratung der preussischen Verfassungsvorlage zu Kärntner, wie sie in der von recht stürmischen Verhandlungen oftmals bewegten Landesversammlung völlig ohne Beispiel sind. Der deutsch-nationale Abg. Dr. Kaufmann griff in seinen Ausführungen vorerst die Sozialdemokraten an und rief dadurch wiederholt minutenlang Kärntner hervor. Als der Redner sagte, das Aufreten des Finanzministers Lüdemann mit seinen jungen Leuten im Redensausfluß sei unverständlich gewesen, erlöste von den Reichstagsmitgliedern und der ganzen Linken andauernd Schlußrufe, die 10 Minuten lang anhielten. Dabei wird von einem Unabhängigen nach dem Redner ein Papierballen geworfen. Eine Anzahl der Redner der Linken härmte auf die Rednertribüne mit der Absicht, den Redner zu entfernen. Abgeordnete der Rechten sammelten sich zum Schutze des Redners. Der Redner verlor die Besinnung und die Tribüne zu verlassen, wird aber von seinen Freunden immer wieder veranlaßt, sich an Rednerpult zu stellen. Vizepräsident Dr. Frenzel gibt unangenehm Glanzzeichen. In dem wüsten Lärm, der im ganzen Hause herrscht, ist überhaupt kein Wort mehr verständlich. Nach etwa 15 Minuten Kärntner schließt die Sitzung und beruht auf 1/2 Stunde später eine neue Sitzung an. In der zweiten Sitzung teilte der Vizepräsident den Wortlaut der Verfassung des Abg. Kaufmann, die zu der großen Unruhe Veranlassung gab, nach dem Stenogramm mit. Er las dazu, er fände sie nicht geschmackvoll, sie habe aber keinen Anstoß zu einem Ordnungsruf. Ferner verurteilte er jetzt, welcher Abgeordnete den Papierballen geworfen hatte, jedoch ohne Erfolg. Der Abg. Adolf Hoffmann beantragte, den Papierballen dem Hauptkammermusem zu überweisen. Von unabhängiger Seite war übrigens während der Rede des Abg. Kaufmann, der mit dem Eisenring geschmückt erschien, ein solches aus Pappe angefertigt dargeboten worden. Nachdem der Abg. Kaufmann unter erneuertem Lärm der Linken zu Ende gesprochen hatte, glückte sich die Rede der Erregung der beiden Erklärungen der folgenden Redner. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich abgelehnt und die Abstimmung des ebenfalls schlagendsten wird weiter den Reichstagsmitgliedern überlassen. Vor der Schlußabstimmung über die Verfassung gibt Abg. Dr. Leibig (D. Wp.) folgende Erklärung ab im Namen seiner Partei: Wir erkennen an, daß die Landesversammlung in ihren Beschlüssen vielfach durch die Reichsverfassung gebunden war, die insbesondere auch die republikanische Staatsform festlegt. Unseren Idealen entspricht die Verfassung nicht. Der neu geschaffene Staatsrat ist jedoch geeignet, die schrankenlose Mehrheitsmacht des Einkammer Systems einzudämmen. Wir werden daher für die Verfassung stimmen. Abg. Adolf Hoffmann (links-U.S.P.) erklärt, der Staatsrat ist ein ungeheuerlicher Volksbetrug. Wir stimmen gegen die Verfassung. Abg. von Dannenberg (Deutsch-Demokrater): Wir sind stolz darauf, Hannoveraner zu sein und werden auch weiter erben. Hannover zum selbständigen Gebiet im Rahmen des deutschen Reichs zu machen. Wir lehnen es deshalb ab, uns an der Schlußabstimmung über die Verfassung zu beteiligen. Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme der Verfassung mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen. (Leb. Beifall.) Präsident Leinert stellt fest: Mit diesem Beschluß hat die Landesversammlung ihr Mandat erfüllt. Ich hoffe, daß er dem gesamten preussischen Volke zum Segen gereichen wird. (Lebhafter Beifall.)

Verhaftung des Abgeordneten Hermann Kemmele

München, 30. Nov. Der neukommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemmele aus Stuttgart wurde in vergangener Nacht in einem Münchener Hotel verhaftet, weil er in einer Versammlung der Linken unabhängigen zum Klassenkampf aufgerufen haben soll.

Dieser neueste Streich der bayerischen Kahr-Regierung jedoch zum stärksten Protest heraus. Es ist notwendig, derselben eindringlich zu Gemüte zu führen, daß mit den alten Argumenten gegen das kämpfende Proletariat nicht mehr manövriert werden kann. Wie der „Bismarck“ erfährt, hat sofort nach Empfang der Nachricht Reichstagspräsident Löbe sich an den Reichsminister und an die zuständigen Behörden gewandt, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren und die Haftentlassung zu erwirken. Bis das Wort weiter mittels dürfte bereits heute im Reichstag ein schleuniger Antrag auf Aufhebung der Haft zur Verhandlung gelangen. (Hermann Kemmele, der Bruder des bayerischen Ministers des Innern, Adam Kemmele, stand von jeher auf der äußersten Linken der Sozialdemokratie und war in den ersten Monaten nach der Revolution Redakteur der „Arbeiter“ des Mannheimer Organs der Unabhängigen. Er war dann auch Mitglied des Reichsrates und spielte bei den feineren Unruhen in Mannheim eine Rolle. Schon seit geraumer Zeit suchte er außerhalb Badens seinen Wirkungsbereich.)

Die Völkerbundsversammlung in Genf

Genf, 30. Nov. Nach achtstündiger Unterbrechung hielt heute vormittag die Völkerbundsversammlung wieder eine Sessung ab, zu deren Beginn Dismans das Bedauern der Versammlung ausdrückte darüber, daß Tittoni aus Gesundheitsrücksichten nach Italien zurückkehren müsse. Da die polnisch-russische Frage infolge der Verhinderung Barnes am Freitag verschoben wurde, begann die Versammlung mit der

Beratung des Geschäftsreglements. Dabei berichtete Ferrari über die Arbeiten der Kommission. Er betonte, daß die Bestimmungen des Reglements auf dem Grundsatze beruhten, daß die Mitglieder des Völkerbundes die Grundlagen der ganzen Völkerbundsorganisation bilden, und daß die Versammlung die souveräne Macht des Völkerbundes darstelle, die jedoch teilweise unterbrochen würde und endlich, daß der Völkerbundsrat die ständige Macht darstelle, dessen ausführende, ständige Organisation das Generalsekretariat bildet. Wenn einmal die Versammlung zurücktritt, geht die volle souveräne Macht an ihn über. Sie versammelt sich jedes Jahr einmal am ersten Montag im September. Während der Zeit, in der die Versammlung nicht tagt, übt der Völkerbundsrat ihre Funktionen aus und hat insbesondere die Ausführungen ihrer Beschlüsse anzuordnen. Der Rat behält sich das Recht vor, durch eines seiner Mitglieder jederzeit in die Debatte der Versammlung einzugreifen und Aufforderungen zu geben. Das Generalsekretariat hat als Exekutivorgan die Befehle der Mitglieder des Völkerbundes über die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung einzuholen.

Ein neuer Krieg mit Polen?

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Warschau, daß die roten Kräfte auf den Linien Warschau-Smolensk-Orscha, Warschau-Smolensk-Mohilew, Warschau-Smolensk-Konstantinowka, in der Nähe von Smolensk befinden sich bereits 8 Divisionen, zwischen Witebsk und Orscha 4, zwischen Orscha und Mohilew 3. Diese 15 Divisionen erhalten täglich Verstärkungen. Die Presse macht darauf aufmerksam, daß zur Verfassung der Armee Paladomitsch, die im besten Falle aus 20.000 Mann bestehen, die versammelten roten Truppenkontingente zu groß sind. Man rechnet sehr ernst mit der Möglichkeit eines neuen Krieges zwischen Polen und Rußland.

Das neue heftige Wahlgesetz

Darmstadt, 30. Nov. Dem Landtag ist der Entwurf des Landtagswahlgesetzes zugegangen. Die Zahl von 70 Abgeordneten, die nach der Verfassungsmäßigkeit auf drei Jahre zu wählen sind, muß nach der Verfassung überdacht werden. In dem Entwurf der streng gebundenen Listen ist festgehalten. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist nicht zulässig. Wahlfähigkeit ist jeder Reichsangehörige, der 20 Jahre alt ist und in Hessen wohnt, wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der 25 Jahre alt ist. Das Land wird in Wahlbezirke eingeteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Nach dem Vornahme des Reichswahlgesetzes werden auch Wahlbezirke eingeführt.

Tschechischer Sozialistenkongress

Prag, 30. Nov. Von dem Sozialistenkongress der Tschechoslowakei wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen, darunter die betreffend den Anschluß an die zweite Internationale, den Grundsatze der Sozialisierung ohne Verfall, der Trennung von Staat und Kirche und der Sozialisierung des Schulwesens. Abg. Habermann beantragte, der Kongress möge eine Kundgebung beschließen, wonach er es nicht zulasse, daß 7000 tschechische Kinder in Wien zum Schulbesuch ausgeschloffen sind.

Prag, 30. Nov. Auf dem Kongress der Tschechischen Sozialdemokratie berichtete die tschechische Sozialistische Zentralkommission. Sie erklärte, daß Rußland sich in vollster Zerrüttung befinde. Die Industrie sei in völligen Verfall. In Moskau seien von 1 Million Einwohner 400.000 bolschewistische Staatsangehörige. Dabei könne von einer Sozialisierung keine Rede sein, da die Betriebsräte nur formell bestehen und die Arbeiterkraft nicht einmal vor den Willkürherrschaften der Sowjetbeamten schützen können. Während des Krieges und des bolschewistischen Regimes seien 40 Proz. der russischen Bevölkerung gestorben. Später hielt der belgische Arbeiter Dehaene eine Rede gegen den Bolschewismus, mit dem das Weltproletariat endlich einmal abrechnen müsse. Die Bolschewisten hätten immer geschrien, die zweite Internationale sei konterrevolut. Jetzt müsse ruhig festgestellt werden, die zweite Internationale lebt und arbeitet, aber der Bolschewismus liege vor seinem Untergang.

Kanonenfutter für die Fremdenlegion?

Paris, 30. Nov. Wie der „Petit Parisien“ meldet, gehen von Marseille zwei große Dampfer nach Konstantinopel ab, um dort zwei Detachements der Armée Brangels und einen Teil der Zivilflüchtlinge aus der Kreim zu holen, die vorläufig in Tunis und Algier untergebracht werden sollen.

Interallierter Kongress der Frontkämpfer

Paris, 30. Nov. Gestern fand ein interallierter Kongress der Frontkämpfer statt, auf dem Amerika, England, Frankreich, Italien, Belgien, Rumänien und Serbien sowie die Niederlande vertreten waren. Der Kongress legte einen Ausschluß ein, der prüfen soll, wie man die Mißbräuche beseitigen könne, um zum wahren Frieden zu gelangen.

Nachaktion der Einsteiner

London, 30. Nov. Seit Sonntag morgen sind in sehr betrübendem Maße als Repressalien in Nord Brandstiftungen vorgenommen worden. Es sind bereits 6 Geschäftshäuser in Brand gesteckt worden. Der Schaden wird auf über 200.000 Pfund Sterling geschätzt.

London, 30. Nov. Die beiden Häuser des Parlaments wurden wegen der drohenden Gefahr der Einsteiner für das Publikum geschlossen. Die Bewachung der wichtigsten Gebäude ist verstärkt worden. Die Nachaktion der Einsteiner schloß das Wiederbrennen der hiesigen Wohnhäuser für die irischen Tempeln ein.

Die Kriegskosten Amerikas

Washington, 30. Nov. Nach einer Meldung aus Washington hat der Staatssekretär des Krieges, Baker, die Kriegsausgaben Amerikas auf 15 784 Millionen Dollar angegeben.

Die kommunistischen Parlamentarier

Ueber die Stellungnahme der deutschen Kommunisten zum Parlamentarismus ließe sich ein dickes und stellenweise sehr lustiges Buch schreiben. In ihrer ersten Periode glaubt die K.P.D., daß zu einem frammen Radikalismus die Enthaltung von allen Wahlen und die Ablehnung jeder Tätigkeit im Parlament unbedingt gehören. Auf dem ersten Kongress der K.P.D., der im Dezember 1918 in Berlin stattfand, wurde denn auch trotz des eindringlichen Widerstands von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beantragt, an den Wahlen zur Nationalversammlung keinesfalls teilzunehmen.

Aber das Bild änderte sich bald. Von Moskau aus wurden die deutschen Kommunisten belehrt, daß sie den feherischen Lehren verfallen seien. Bößlich haben sich die deutschen Kommunisten unterworfen. Ohne Besinnen erklärten sie sofort für richtig, was sie gestern für falsch erklärt hatten, nämlich, daß man sich an den Wahlen beteiligen müsse. Eine Anzahl schwerfälliger Gesellen, die nicht so behände unlernen konnten, wurde schleunigst zum Tempel herausgeworfen und gründete die K.M.P.D.

Die K.P.D. aber stand auf dem Boden des Parlamentarismus. Aber nun mußte sie natürlich beweisen, daß ihr Parlamentarismus ganz etwas anderes sei als der verruchte und verrottete Parlamentarismus der Bürgerlichen, der Sozialdemokraten und selbst der Unabhängigen. Zu diesem Zweck hatte man sich aus der großen Moskauer Programmfabrik eine Anzahl Leitfäden zum Parlamentarismus bestellt, die dem Beweis des Satzes dienen, daß es nicht das gleiche sei, wenn zwei das gleiche tun. Die Leitfäden betagten, daß der Parlamentarismus der Kommunisten etwas ganz Unerhörtes, Revolutionäres, noch nicht Dagewesenes sei. Die Kommunisten gingen nur ins Parlament, um dort die Revolution vorzubereiten. Sie wollten nur von der Rednertribüne die Massen aufpeitschen und auf ständige Konflikte im Parlament hinarbeiten. Im gegebenen Moment würden die kommunistischen Abgeordneten aus dem Parlament austreten, beziehungsweise ihren Ausschluß durch die anderen provozieren, und das sollte dann das Signal für die Massen zum Losschlagen sein. Tagelang lehnte man es ab, im Parlament positive praktische Arbeit zu leisten und den unholten Versuch zu machen, aus dieser verrotteten Institution für die Arbeiterklasse Vorteile und günstige Gelebe herauszuschlagen. Solche Missionen überlasse man den Sozialdemokraten und Unabhängigen.

Für einen unentwegten Radikolen waren diese Leitfäden sicher herrlich zu lesen. Nur daß das Moskauer Regent auf die deutschen Verhältnisse wie die Faust aufs Auge. Künftig in Thüringen und jetzt in Sachsen durch die aus dem Wahlschlaf geborene Situation vor die Frage gestellt, ob sie wirklich mit dieser Radikal- und Konfliktpolitik ernst machen wollen, haben die Kommunisten sofort geflucht und es zeigt sich, daß ihr Parlamentarismus keineswegs etwas außerordentlich Besonderes ist, sondern ein ganz gewöhnlicher Parlamentarismus wie jeder andere. Es geht mit ihm wie mit dem Hund des ligurischen Bauernbüchsen, der erst so groß sein soll, wie ein Pferd und ein Löwe; aber als es heißt: „Fris, Fris, die Brücke kommt!“ da gesteht der Lügenbold, daß auch sein Hund nur so groß ist, wie alle Hunde sind.

Nach für die sächsischen Alt- und Neukommunisten um Fris Gener hat es jetzt geheißen: „Fris, die Brücke kommt!“ Die gefährliche Brücke für die Fris Gener und Genossen bildet der Ausfall der sächsischen Wahlen. 47 Bürgerlichen stehen 49 Arbeitervertreter gegenüber, von denen aber drei Neukommunisten und 6 Altkommunisten sind. Eine rein sozialistische Regierung wäre also nur denkbar, wenn diese äußersten Linken mitmachen oder zum mindesten wohlwollende Neutralität garantieren. Nach ihren Grundsatzen wäre das eine wie das andere undenkbar. Denn in Gemäßheit dieses Programms dürfen die Kommunisten nur in das Parlament gehen, um von dort aus die Massen aufzupeitschen und ständige Konflikte zu provozieren. Aber, siehe da! Alt- und Neukommunisten befinden sich plötzlich, daß sie auch anders können. Sie sagen, wenn auch unter allerhand iphigen Bemerkungen, einer sozialdemokratischen unabhängigen Regierung wohlwollende Neutralität zu, falls sie gewisse, nicht einmal sehr hoch bemessene Forderungen bewilligt. Ausdrücklich schreibt in offizieller Erklärung die „Rote Fahne“:

„Wenn die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung im schärfsten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einsetzen werden für... (folgen die einzelnen Forderungen), so werden wir Kommunisten in der Durchführung dieser Maßnahme als parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.“

Ein glatter Bruch mit dem Programm! Denn nach diesem dürften Kommunisten im Parlament nur auf Konflikte hinarbeiten, aber nicht einmal sich ruhig verhalten, geschweige denn, daß sie eine Reaktion „parlamentarisch und außerparlamentarisch“ unterstützen dürfen.

Woher kommt nun aber diese seltsame Prinzipienlosigkeit? Eine Prinzipienlosigkeit, die übrigens in Thüringen nun dadurch erweitert wurde, daß dort die Kommunisten

„Voll einer Regierung „wohlwollende Unterstützung“ versprochen, in der außer den beiden politischen Parteien auch noch die feigen, egoistischen Demofanen sitzen! Bei die Gegner und Genossen ganz genau wissen, daß die ganze Arbeiterklasse sie als Verräter und Sitten des Reiches betrachten würde, wenn sie das Zustandekommen einer Arbeiterregierung unmöglich machten. Weil sie vor dem Joch der Arbeiter Angst haben, geben die Kommunisten ihre Grundzüge über Parlamentarismus praktisch auf. Damit aber zeigt sich, daß eine strikte und konsequente Einhaltung des kommunistischen Programms direkt zum Verrat an der Arbeiterklasse führt. In einem Verrat, der so offensichtlich und haarsträubend wäre, daß Alt- und Neukommunisten ihr eigenes Programm nicht innehalten können. Die bittere Notwendigkeit zwingt sie, trotz aller hohlen Redensarten sich zum praktischen Parlamentarismus, d. h. zur Demokratie zu bekennen.

Bedenkliche Lage der Ernährungswirtschaft
Zusammenbruch der Getreideversorgung

Wie ein Wolff-Telegramm gestern meldete, fanden in Berlin Beratungen wegen des Ernstes unserer Ernährungswirtschaft statt. Der Schwinkel, daß eine Erhöhung der Protraktion in Aussicht stünde, wird in den Abendblättern aufgegeben. Die entsetzliche Wahrheit über die Zustände, in die uns das gegenwärtige System immer tiefer und rettungsloser hineinzieht, wird jetzt enthüllt. Die Ablieferung von Getreide hat praktisch aufgehört. An Stelle des Bedarfs von zwei Millionen Tonnen ausländischen Getreides wird jetzt ein Bedarf von drei Millionen Tonnen errechnet. Wie viele Milliarden diese Kosten werden, hängt von dem schwankenden Kurse ab. Uebermäßig werden es mindestens 25 Milliarden sein, von denen 15 Milliarden ungedeckt von der Reichskasse als Zuschuß zu tragen sein werden. Die schönen Kräfte, die auf Bitten des Dr. Hermes alle agrarischen Organisationen auf Ablieferung von Brotgetreide erlassen haben, sind gänzlich wirkungslos geblieben. Nachdem der Mohr Hermes seine Schuldigkeit getan hat, die Zwangswirtschaft unüberwindlich zu zerrütten, lassen die Bauern diesen Mohr jetzt gehen: sie halten mit dem Getreide zurück, wie mit den Waffen.

Woher das arme deutsche Volk die Mittel zum Einkauf der drei Millionen Auslandsgetreide nehmen soll, wissen nur die Götter und besonders Gott Hermes; der Finanzminister Wirth weiß es ganz gewiß nicht. Dabei ist es mit den 15 Milliarden Reichszuschuß allein für Brotgetreide nicht getan. Außerdem soll der Reis, den man für die freie Wirtschaft freigeben hat, durch Staatsmittel auf etwa die Hälfte des Preises verbilligt werden, damit die Bauern nicht weiter wie bisher nahezu alles Brotgetreide verfuhrern. Auch wird der Plan erwogen, das Auslandsgetreide völlig frei zu geben, da die Erfassung ja doch nicht mehr gelingt.

Mit alledem ist der Bankrott der Reste der Zwangswirtschaft, aber auch zugleich der Bankrott der freien Wirtschaft vollzogen. Die Kartoffeln kosten jetzt in Berlin 1.40 bis 1.20 M das Kilo und der Preis des Brotes wird binnen wenigen Monaten mindestens auf das Dreifache der heutigen Höhe steigen. Natürlich geht unter diesen Umständen die deutsche Wirtschaft neuen, schwersten Erschütterungen entgegen und die Not wird mit elementarer Wucht die Arbeiterklasse in neue Streiks hineinwringen.

Nach der furchtbaren Umwälzung der Revolution ist es der Sozialdemokratie in einer sehr mühevollen und aufopfernden Arbeit gelungen, das Wirtschaftsleben wieder einigermaßen zu beruhigen und zu ordnen. Damit war der Anfang des Wiederaufbaues gemacht. Alles das wird durch die gegenwärtige Ernährungspolitik zerschlagen. Man frage den Reichsarbeitsminister, man frage den Reichsfinanzminister, beides Zentrumskräfte, wie sie der entsetzlichen Katastrophe gegenübersehen, die Deutschland bedroht; in den Großstädten teure, meist erdorene Kartoffeln und ein ernster Mangel an Brotgetreide. Wahrscheinlich kommen schon jetzt alle Rettungsmassnahmen zu spät. Die Ernährungslage sieht trostlos aus.

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff
(Fortsetzung.)

Nicht so frühlicher Art waren die Nachrichten, die ihm Georg mitteilte, als er mit ihm und Marien die Treppe heraufstiegen. „Der Herzog“, hatte ihm jener zugeflüstert, „der Herzog ist nicht so, wie er sollte; Gott weiß, was er mit seinem Lande machen will; er hat unterwegs sonderbare Reden fallen lassen, und ich fürchte, er ist nicht in den besten Genden.“ — Der Kanzler Ambrosius Volland — dieser einzige Name reichte hin, in dem Mitleid von Lichtenstein große Besorgnisse aufzuregen. Er dachte diesen Volland, er wußte, daß er zwar gelehrt, in allen Regierungsgeschäften überaus wohl erfahren, zu jedem, auch dem schwersten Dienst bereit, aber dabei ein Mann sei, der zum wenigsten schon öfter ein gewagtes, wo nicht falsches Spiel gespielt habe.

Wenn der Herzog diesem sein Vertrauen schenkt, wenn er nur seine Ratsschlüsse befolgt, dann sei Gott gnädig. Dem Ambrosius ist das Land ein Stück Leder, das man nach Willkür handhaben kann, er wird es zurechtzschneiden wollen zu einem Stöcker für den Herzog, und die Abschnitte für sich behalten. Aber, wie Frau Rosel zu jenen pflegte: „Zerschneiden kann jeder Karr, aber wie zusammennähen?“ So sprach der alte Herr von Lichtenstein zu sich, als er durch die Gassen ging; er freilich unumtut seinen langen, weihen Bart, und seine Augen glühten von Eifer für die gute Sache Württembergs.

Er wurde sogleich vorgelesen und traf den Herzog in großer Beratung mit Ambrosius. Der letztere hatte eine unehrer Schwamenseber in der einen Hand, in der anderen hielt er ein Pergament, das mit schwarzer, roter und blauer Tinte in vielen zierlichen Schriften beschriftet war. Der Herzog spielte mit einem großen Sigill, das er in der Hand hielt, er schien mit sich zu kämpfen, er sah bald seinen Komplex durchdringend an, bald bestete sich sein Blick wieder auf das Sigill. Sie waren beide so vertieft, daß Lichtenstein einige Minuten im Zimmer stand, ohne von ihnen bemerkt zu werden; er betrachtete mit großer Teilnahme die edlen Züge Ulrichs von Württemberg. Er sah, wie auf seiner Stirne, in seinen sprechenden Augen so verschiedene Empfindungen wechselten. Bald umgelte sich seine Stirne, seine Augenbrauen zuckten, sein Auge rollte, dann glätteten sich diese Falten, aus seinen Wilden strahlte nur ein tiefer Ernst, der in Nachdenken überging, und

Die lange noch wird der Reichstag sich mit schönen Worten über die Lasten hinwegtäuschen lassen, daß alle Maßregeln, die auf dem Gebiete der Ernährung seit den Kapp-Tagen ergriffen worden sind, verfehlt sind? Das Volk wird es wohl schon längst erkannt haben, daß es durch die sozialistischeren bürgerliche Regierung nur tiefer ins Elend hineingeritten wurde.

Keine Militärpässe mehr!

Infolge der restlosen Auflösung des alten Heeres und der Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht hat auch der Militärpaß als Ausweispaß seine frühere Bedeutung verloren. Trotzdem wird er von zahlreichen Arbeitgebern als Nachweis vorzugsweise während der Militärdienstzeit verlangt. Eine der umfangreichsten Arbeiten der bisherigen Abwicklungsstellen hat darin bestanden, 7000000 Militärpässe auf Verlangen auszustellen. Ungefähr 4000000 liegen noch unentledigt bei den Abwicklungsstellen. Da auf Drängen der Verbände die Abwicklungsstellen mit dem Ende des Jahres vorseitig aufgelöst werden, hat schon jetzt das Ausstellen der Militärpässe endgültig beendet werden müssen. Die noch unentledigten Gesuche können nicht beantwortet, noch irgend ein Bescheid erteilt werden. Die ehemaligen Heeresangehörigen werden daher ersucht, von einer Anforderung ihrer Militärpässe Abstand zu nehmen. Auch ist es zwecklos, sich zur Ausbändigung eines Passes an eine Versorgungsbehörde zu wenden. Um weitestens die Nachteile für Bewerber von Beamtenstellen und Angestellten zu beseitigen, hat das Reichsministerium in einer Geschäftsmitteilung einen Ratsbescheid gefaßt, nach dem die Versorgungsbehörden in Zukunft die Vorlage des Militärpasses nicht mehr verlangen sollen. Das Reichsfinanzministerium, als oberste Behörde des Abwicklungsverfahrens, soll auf die Staats- und Gemeindeführer in diesem Sinne einwirken. Auch ist die gesamte Privatindustrie gebeten worden, hierin dem Beispiel der Staats- und Gemeindeführer, zur Förderung einer reibungslosen und schnelleren Unterbringung von Arbeitnehmern, zu folgen und Funktion von der Vorlage eines Militärpasses bei der Einstellung von Arbeitnehmern abzugeben.

Willy jr. will pirschen und puscheln

Der deutsche Kronprinz ist nicht allein von Schiebergefühlen befeuert, sondern auch monarchistische Puschgefühle bewegen ihn. Schieberfuriere nach Deutschland zu entsenden, die in Briefform seine Gefühle weiterverbreiten. Bereits vor wenigen Tagen machte die Berliner „Freiheit“ auf den schriftlichen Wunsch des Kronprinzen, daß in Deutschland eine monarchistische Gegenbewegung ausbrechen und besonders in Bayern bald die Monarchie wieder hergestellt werden möge, aufmerksam. Im holländischen Parlament benutzte ein Abgeordneter diese Enthüllung zu einer Anfrage an die Regierung, die jetzt den Todbestand der „Freiheit“ als bar jeder Grundlos bezeichnet, so daß sie keinerlei Kronanerkennung habe, irgend eine Kontrolle über den deutschen Kronprinzen ausüben. Unter dem besonderen Hinweis, daß der holländische Minister Kuns schlecht unterrichtet sei, fügt sich die „Freiheit“ nochmals zu der ansdrücklichen Betonung voran, daß ihre Behauptungen echt sind. Das Blatt schreibt dann weiter:

Der Kronprinz hat in einem der letzten Briefe den Wunsch geäußert, recht bald nach Deutschland zurückkehren zu können. Es gefalle ihm, so drückte er sich aus, nicht mehr in dem „hohen Lande mit seinen Kissen und den Wohnzimmern mit den Antiquitäten“. Er lehne sich nach Gehirngelust und nach Gemütsruhe, und da sei es offensichtlich, daß in Bayern die monarchistische Bewegung immer mehr amwache, und daß es hoffentlich nicht mehr lange dauern werde, bis sein Vetter Kupprecht die Thron besitzeln könne.

Die Redaktion der „Freiheit“ übernimmt für diese Behauptungen nach jeder Seite die volle Verantwortung. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, diese Gesetze des Kronprinzen auch nur anzuzweifeln im Geringsten, nach all den Mittelungen, die erst in den jüngsten Tagen von uns unterrichtet Seite einfließen. Hinzu wie nur eine Bestätigung der Tatsachen zum Ausdruck bringen. Der Arbeiterschaft kann nicht eindringlich genug gesagt werden: Seid auf der Hut!

Gute Geschäfte in der Kohlen- und in der Montanindustrie

Die „Sarotti“-Schmelz- und Kalziumindustrie A.G. in Berlin schlägt für das obelastene Geschäftsjahr folgende Gewinnverteilung vor: 20 Proz. Dividende, den Angehörigen und

oft schien ein Anflug von Güte den strengen Ausdruck seiner Züge zu mildern. Aber der im gelben Mäntelchen, mit der Schwamenseber in der Hand, stand wie der Versuch vor ihm! Er wand und drehte sich vor ihm, wie eine Schlange im Paradies, und das ewig liehende Sächeln, der Ausdruck von Ehrlichkeit, den er seinen grünen Augen zu geben wußte, wenn ihm sein Herr schwarz ansah, sollten einladen, den Apfel anzugreifen. „Ich kann nicht begreifen“, sprach er mit heiserer, feiner Stimme, „warum nicht tun möget. Hat wohl Kaiser so lange gedauert, als er nicht den Ambrosius ging? Ein großer Mann hat große Mittel nötig, und die Mittel und die Nachwelt wird Euch preisen, daß Ihr diese Fesseln von Euch geworfen.“

„Weißt du dies so gewiß, Ambrosius Volland?“ entgegnete der Herzog, indem er ihn duster ansah. „Man wird sagen: Herzog Ulrich war ein Tyrann. Er hat die alte Ordnung umgestoßen, die seinen Vätern heilig war, er hat den Vertrag, den er selbst aufzeichnete, gebrochen, er hat sein Land wie ein fremdes behandelt, er hat die Gesetze nicht gehalten, die —“

„Erlaubt“, unterbrach ihn jener, „es kommt nur allein auf die Frage an: Wer ist Herr? Der Herzog oder das Land? Wenn das Land Herr ist, dann ist etwas anderes. Dann freilich sind allerlei Pakten, Verträge, Klauseln und dergleichen nötig. Die Mittelkraft, die Verträge und die Landtschaft sind dann Meister und Herr der Duldung — nun, sind dann der, welcher den Namen dazu herbeibringt. Seid Ihr aber, was man so eigentlich Herr nennt, dann seid Ihr es auch, der Gesetze gibt. Jetzt habt Ihr das Heft in der Hand; jetzt soll seid Ihr Herr und Meister. Drum fort mit dem alten Recht, hier ist ein neues — da, nehmt in Gottes Namen die Feder, unterzeichnet!“

Der Herzog stand noch eine Weile anschlüssig, seine Zangen glühten, seine ganze Gestalt richtete sich höher auf, aber sein Auge blickte noch am Boden. Jetzt schlug er es auf, und es blitzte vom Gefühl seiner Würde. „Ich heiße Württemberg“, sagte er. „Ich bin das Land und das Gesetz — ich unterbreite.“ Er streckte die Rechte aus, die Schwamenseber aus der Hand seines Kanzlers zu empfangen, aber mit sanfter Gewalt wurde sein Arm von einer fremden Hand ergriffen und weggezogen. Erkant sah er sich um und blühte in die ruhigen, aber ernstigen Züge des Ritters von Lichtenstein.

„Da! Willkommen!“ rief er, „mein getreuer Lichtenstein. Sogleich steh ich Euch Rede, laßt mich nur zuvor dies Pergament unterzeichnen.“

Arbeitern eine Gratifikation und außerdem in der Höhe dieser Gratifikation eine Sonderauschüttung von 20 Proz. an die Aktionäre. Insgesamt werden demnach 60 Prozent gegen 20 Prozent i. B. ausgeschüttet.

Die Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke von der Ruhr und Westfälischer Eisenhütten A.G. in Köln-Deutz setzte die Dividende auf 30 Prozent fest. Bei Verteilung der diesjährigen Dividende, so heißt es, müsse berücksichtigt werden, daß sie angesichts der großen Wertminderung keineswegs besonders hoch sei (11), auch nicht im Hinblick auf die beträchtlichen Gewinne und die Zuwendungen an Arbeiter und Angestellte.

Deutscher Reichstag

Nach Erledigung kleiner Anfragen erfolgt die Abstimmung über den Antrag des Abg. Matzahn (U.S.) auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. November

Aus Anlaß des Berliner Elektrizitätsstreits. In Verbindung damit beantragen die Abg. Schiffer und Gen., daß die Aufhebung von der Einbringung einer Schlichtungsordnung abhängig zu machen sei. Außerdem steht ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Verordnung zur Abstimmung, dazu ein Zusatzantrag Hert und Gen., der die Aufrechterhaltung der Ausnahmeverordnung bis zum Erlaß eines Schlichtungsgesetzes verlangt.

Der Zusatzantrag Schiffer und der Antrag Matzahn werden angenommen, dagegen der sozialdemokratische und der Antrag Hert abgelehnt. Unter allgemeiner Beifriede zieht hierauf der Abg. Matzahn seinen Antrag zurück. Abg. Schiffer nimmt den Antrag Matzahn wieder auf. Die nochmalige Abstimmung erweist sich als zweifelhaft, so daß dem Antrag Matzahn und Gen. Es ergibt sich die Annahme des Antrages Matzahn-Schiffer mit 174 gegen 143 Stimmen. (Stürmische Heiterkeit.) Es folgt die

Weiterberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums.

Abg. Dr. Sugo (D. V.): Hätte die Sozialdemokratie bei der Revolution ein festes Wirtschaftsprogramm gehabt, so wäre man vielleicht in der Lage gewesen, unierem Wirtschaftsleben eine feste Gestalt zu geben. Hier hat die Sozialdemokratie versagt. Wir brauchen ein festes Wirtschaftsprogramm. Kein Staat darf seine Wirtschaft bevorzugen, am allerwenigsten durch seine Organe, zumal der Apparat der Reichskontrolle zu schwerfällig arbeitet. Das wird man auch bei der eventuellen Sozialisierung erfahren. Daß der Staat selbst als Unternehmer nichts leistet, sehen wir im Braunkohlenmonopol, das trotz des riesigen Preises von 82 M für das Liter mit Fertig gearbeitet. Das Problem der Sozialisierung ist so groß, daß wir es nicht im Handumdrehen lösen können. Die bisherigen Versuche sind nicht erfolgreich gewesen und ermutigen nicht zur Fortsetzung. (Weilau.)

Abg. Jaeger (U.S.P. rechts): Unser Wirtschaftsleben steht im Zeichen des Verfalls. Die Behauptung des Ministers von den Kohlenüberflüssen in Frankreich ist nicht richtig. Wir protestieren dagegen, daß von ministerieller Seite solche tendenziöse Behauptungen in die Welt gesetzt werden. Während der Minister ein freiwilliges Dienstjahr verlangt, stehen Millionen von Arbeitslosen herum. Das kennzeichnet die tiefe Luft zwischen den bestehenden Klassen und dem Proletariat. Für das hunderttausend Mann Reichsheer sind die Mittel nicht aufzubringen, aber der Selbstmord ist von 600000 Menschen im Frieden auf 9 Millionen jetzt gestiegen. Tuberkulose- und Stindermassensterben, das sind die Folgen des Kapitalismus, der jetzt seine Herrschaft wieder aufzurichten will. Der Herr Wirtschaftsminister hat nichts zu sagen. Er würgelt eben fort, wie alle bürgerlichen Minister. Deswegen muß immer wieder betont werden, daß die Helferrische und Volksmann ebenso wie die Hindenburg und Ludendorff die Schuld daran tragen. Die Arbeiter werden es nicht verzeihen. (Zuruf: Amortieren!) Die Regierung hätte mehrfach Gelegenheit gehabt, dem Wirtschaftslernen auf die Beine zu helfen, aber sie hat alle Gelegenheiten verpaßt.

An eine Veränderung der Verhältnisse sei nicht zu denken. Die Art muß an die Wurzel des Kapitalismus gelegt werden. Zunächst gilt es im Staatshaushalt Ordnung zu schaffen. Wenn aber neuerdings eine große Konzernbewegung einsetzt, so handelt es sich um nichts anderes, als die bürgerliche Regierung setzt in die Hand zu bekommen. Nehmer schneidet das Hochkommer des Herrn Stinnes. Dieser sucht seine Zukunft bei der Deutschen Volkspartei, ebenso auch bei der Arbeiterschaft. Die Revolution schadet ihm nichts. Sein Nachbeter nachfolgt. Hunderte von Zeitungen gehören ihm. Wird sein Plan der Wirtschaftspolitik zur Lachade, so werden sich noch viele Willkürdare hinzugesellen. Und diesen paar Menschen steht ein Proletariat von 60 Millionen gegenüber. Auch wir wollen die Sozialisierung Schritt für Schritt. Der Kohlenreichtum muß den Anfang machen. Das Proletariat führt die Kraft zum Siege in sich.

Abg. Reinath (Dem.): Die Wirtschaftslage ist ernst. Uns fehlt die Schwundkraft. Der Verfall der Vertrag läßt uns

„Erlauben Eure Durchlaucht“, sagte der alte Mann. „Ihr habt mir eine Stimmung zugesagt in Eurem Rat, daß ich nicht auch wissen um die erste Verordnung, die Ihr an Euer Land ergehen laßt!“

„Mit Eurer hochbedenkt Erlaubnis“, fiel Ambrosius Volland hastig ein, „das Ding hat Güte; die Bürgerchaft von Stuttgart versammelt sich schon auf der Wiese. Die Schrift muß ihr vorgelesen werden. Es hat wahrhaftig Güte.“

„Nun, Ambrosius!“ sagte der Herzog, „so gar eilig ist es nicht, daß wir unserm alten Freund die Sache nicht mitteilen sollten. Wir haben nämlich beschlossen, uns huldigen zu lassen, und zwar nach neuen Verträgen und Gesetzen. Die alten sind null und nichtig.“

„Das habt Ihr beschlossen? Um Gottes willen, habt Ihr auch bedacht, zu was dies führt? Habt Ihr nicht erst vor wenigen Jahren den Tübinger Vertrag besaworen?“

„Tübingen!“ rief der Herzog mit schmerzlicher Stimme, indem seine Augen von Tränen glühten. „Tübingen! Nenne dies Wort nicht mehr! Dort habe ich all meine Hoffnungen, dort war mein Land, meine Heimat, hal! Und dort haben sie mich verraten und verkauft. Ich habe, ich flehte, sie sollen zu mir halten, ich wolle Gut und Blut mit ihnen teilen — nichts! Man wollte von Ulrich nichts mehr. Das neue Regiment gefiel ihnen besser, im End haben sie mich schmachten lassen, haben zugegeben, daß ihr Herzog in Verbannung war, haben geduldet, daß der Name Württemberg ein Doangelächter wurde in allen Reichern — jetzt bin ich wieder Herr und Meister und habe das Heft in der Hand und will mich nicht wieder aus der Hand wieder lassen. Haben sie ihren Eid verbrochen, bei Sankt Hubertus, so ist mein Gebädime auch nicht länger. Tübingen Vertrag? Ich san, der Teufel soll alles holen, was mit diesem Namen sich verknüpft!“

„Aber bedenken Eure Durchlaucht!“ sprach Lichtenstein, von diesem Ausbruch der Leidenschaft erschüttert, „bedenkt doch, welchen Eindruck ein solcher Schritt auf das Land machen muß. Noch habt Ihr nichts als Stuttgart und die Gegend; noch liegen in Urach, Alpfen, Tübingen, Göttingen überall bündische Befestigungen. Wird die Landkraft Euch heiffen, den Bund zu verlassen, wenn sie hört, auf welche Ordnung sie huldigen soll?“

„Ich sag: mit mir die Landchaft beigestanden, als ich Württemberg mit dem Rücken ansehen mußte? Sie haben mich laufen lassen und dem Bund geschwigt!“

(Fortsetzung folgt.)

20 Millionen für Wohnungsbauten

Annahme des 20 Millionen-Kredits durch den Karlsruher Bürgerentscheid — Prinzipielle Zustimmung zur Wohnungsabgabe — Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs

Karlsruhe, 30. November. Oberbürgermeister Dr. Winter eröffnete die gutbesuchte Sitzung zu der sich auch recht viele Zuhörer auf der Galerie eingefunden hatten.

Die erste Vorlage betrifft die Änderung des Tarifs der städt. Straßenbahn. Bürgermeister Schneider begründet die Vorlage, die wir ja schon des Näheren besprochen haben. Der Redner vertritt den Standpunkt, daß die Ausgaben der Straßenbahn durch die Einnahmen gedeckt werden müssen. Eine Erhöhung des Grundtarifs von 30 auf 70 Pfg. und der Monats- und Jährstarten ist absolut notwendig. Karlsruher steht gegenüber anderen Städten immer noch billiger. Die heutige Straßenbahn steht in jeder Hinsicht gut da, man kann sagen, sie ist so gut wie neu.

Stadtrat C. Mann Dr. Frey führt aus, daß der Stadtrat über die Vorlage geäußert keine Meinung geäußert hat. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht Gen. Beez und vertritt die Auffassung, daß der Tarif umgestaltet werden muß, die sozialdem. Fraktion hat der Erhöhung des Tariftarifs und der Monatsarten ungenügend zugestimmt, da gerade die minderbemittelte Bevölkerung am meisten davon betroffen wird. Durch höhere Abschläge der Klasse können die Einnahmen auch erhöht werden. Einen Ausbau der Straßenbahn werden wir nicht unterlassen. Nicht die sog. „hohen Löhne“ der Arbeiter und Beamten sind am Tagelohn schuld, sondern die Verteuerung des Materials. Durch Entlassungen ist der Stadt nicht geholfen, das Meer der Arbeitslosen ist schier groß genug. Wenn die Stadtwirtschaft die sog. „Veredelung“ des Haushaltsbudgets durchzuführen gedenkt, so werden wir uns dem entgegen setzen.

Stadtrat Hermann (Dem.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus und wendet sich gegen die von verschiedenen Seiten bezogene Herabsetzung der Löhne und Gehälter.

Stadtrat Krause (U.S.P.-Links) ist gegen die Vorlage, während Stadtrat Nieß (U.S.P.-Rechts) sich für die Vorlage ausspricht.

Stadtrat Strobel (Ztr.) verlangt eine Ermäßigung für Schülerarten, wenn mehrere Kinder einer Familie die Straßenbahn zum Schulbesuch benutzen müssen.

Die Vorlage wird mit 6 gegen 3 Stimmen angenommen. Kredit zur Finanzierung von Wohnungsbauten und Beschaffung neuer Wohnungen.

Es handelt sich um die Bewilligung von 20 Millionen Mark für Wohnungsbauten, die wir ja schon eingehend in unserem Blatte besprochen haben.

Bürgermeister Schneider bittet bei Bewilligung der Vorlage auch im Prinzip der Redung in Aussicht der geplanten Wohnungsabgabe zuzustimmen. Wir leben tatsächlich in der äußersten Wohnungsnot. Ihr abzuhelfen liegt nicht nur im Interesse der Wohnungssuchenden, sondern auch im Interesse der Erwerbslosensicherung. Nicht nur Neubauten sind notwendig, sondern auch die Erhaltung von weiteren Wohnungen in bereits vorhandenen Gebäuden. Auf diese Weise können wir ca. 1000 Wohnungen einrichten lassen, auch die Kaffeehäuser sind auszuräumen, wo ebenfalls neben Wirtshäusern auch noch mehr Wohnungen eingerichtet werden können. Die Mittel zum Wohnungsbau müssen von der Gesamtheit getragen werden. Eine Wohnungsabgabe ist notwendig, damit die Mittel zur Erhaltung von Wohnungen herbeigekommen. Redner bespricht sodann auch den Entwurf zur Erhebung einer Wohnungsabgabe, die hauptsächlich durch ein Reichs- oder Landesgesetz geregelt wird. Er bittet um einstimmige Zustimmung zum Grundgedanken des Entwurfs.

Stadtrat C. Mann Dr. Frey verlangt, u. a. Vorlage, daß die neuerrichteten Wohnungen nur von in Karlsruhe wohnungssuchenden bezogen werden dürfen, nicht daß der Zugang von auswärtigen Personen erleichtert wird. Zum Schluß dankt der Redner dem Bürgermeister Schneider für seine großzügige Arbeit. — Stadtrat Sturm (Ztr.) hebt besonders die Wichtigkeit und große Bedeutung der Vorlage hervor. Er verlangt sodann im Interesse der Bevölkerung der Bevölkerung Aufklärung über den Zugang der sog. „Zugang“, über den die verschiedenen Gerichte kurzieren. Zu dem Wohnungsabgabengesetz müssen auch die Handwerker herangezogen werden. Keine Fraktion ist mit der Vorlage sowie mit der Deckungsfrage einverstanden.

Gen. Stadtrat Schwall stimmt den Ausführungen des Bürgermeisters und der Vorlage zu. Letztere bedeutet nicht ein Wert der Nächstenliebe, wie der Redner meint, sondern ist ein Wert der Not der Zeit geboren. Es ist nicht notwendig, daß das Haus die enormen Summen verschlingen muß, denn der Profit der Unternehmer ist riesig genug. Hier sollten die Gemeinden eingreifen. Gut und solid zu bauen muß unser Standpunkt sein, ebenso ein bequemes und nicht zu enges Wohnen. Redner führt sodann Klage über das Vornehmen der Handwerkerzunft, wo zum Teil kein Wasser, kein Gas und keine Straßen vorhanden sind. Zur Deckung dieser Lücke sollten die Industrieellen mehr herangezogen werden als nur durch die Wohnungsbau. Das Einkommen muß auch bei der Not werden, sonst wird die Abgabe unsozial. Wir sind bereit, auch fernerhin mitzuarbeiten und sind für die Vorlage und im Prinzip für die Deckungsfrage.

Stadtrat Trautmann (Dem.) befürwortet die Zustimmung seiner Fraktion sowohl zur Vorlage wie zur Deckungsfrage und wünscht wie sein Vorredner, daß nur gut gebaut wird. Der Stadtwirtschaft muß der Dank ausgesprochen werden, daß sie die Vorbereitungen zum Bau in so großzügiger Weise in die

Hand genommen hat. — Stadtrat Frieder (U.S.P.) rechts erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage und verlangt ein sofortiges Inkrafttreten der Stadt. Dem Wohnungsbau gehören mehr Nachbeträge übergeben.

Stadtrat Gen. Frey weist darauf hin, daß die meisten Bewerber um Wohnungen auch einen Garten wollen. Die Menschen wollen die Verührung mit der Natur. In der Vorlage ist die Gartenstadtbaugenossenschaft nicht genügend berücksichtigt. Die Handwerkerzunftgenossenschaft erhält viel zu viel Bauaufgaben. Eine Korrektur sollte hier in der Vorlage vorgenommen werden.

Gen. Stadtrat Müller-Würg bittet um weitere Unterstützung der Handwerkerzunftgenossenschaft „Selbsthilfe“, sie habe nur acht Häuser bekommen. Bei den Wohnungsbauten muß eine Regulierung der Lohnzuschläge zum Tagelohn vorgenommen werden. Die Handwerker nehmen 50 Proz., während die „Selbsthilfe“ nur 30 Proz. zuzuschlagen. — In Daxlanden wird die Wohnungsnot nicht behoben, wenn die Gartenstadt Grünwies 11 40 Wohnungen erhält, denn die Wohnungssuchenden von Grünwies treten auch mit in Konkurrenz.

Stadtrat Tröbinger (Komm.) wendet sich gegen die Wohnungsabgabe, unter der die Hand- und Kopfarbeiter am meisten zu leiden hätten. Konzentriert wäre die Sozialisierung, vor der man aber zurückgeschreckt ist. Im weiteren erhebt Herr Tröbinger die üblichen unmaßvollen Angriffe gegen unsere Partei, mit anschließender Verherrlichung des Auslands.

Gen. Stadtrat Philipp stellt die Widersprüche des Herrn Tröbinger fest, der zuerst das Aindereind schilt und die Wohnungsnot und dann aber die Vorlage ablehnt. Die dortigen 40 Wohnungen sind ein Anfang. Wir stimmen grundsätzlich einer Wohnungsabgabe zu, aber nur grundsätzlich. Die in der Vorlage müssen verschwinden. Es ist unbegreiflich, daß von der Reichsregierung nicht getan wird. Mit der grundsätzlichen Zustimmung zur Wohnungsabgabe zeigen wir der Regierung den Weg, den sie gehen soll. Dagegen wehren wir uns, daß dem Minderbemittelten dieselbe prozentuale Abgabe auferlegt wird, wie dem Reichen; die Verteilung muß nochmals nachgeprüft werden, denn die Gartenstadt ist offenbar benachteiligt.

Stadtrat Kaczir wendet sich gegen die Bemerkungen des Stv. Schwall über die Malerzunft, die unrichtig seien. Es spricht noch der Stv. Spath (D.M.), der der Vorlage zustimmt, worauf ein Antrag auf Schluß der Debatte ein Ende macht.

Die Vorlage wird hierauf mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Erhebung von Gebühren beim kädtischen Brennstoffamt

Nach der Vorlage soll für die Juteilung der Kohlenbezugscheine an die Händler für jeden Bezugschein eine Gebühr von 60 A erhoben werden; weitere Gebühren werden für Verteilung der überreichten Scheine an die Einzel- und Verkaufvereine des Karlsruher Brennstoffamts, für die Kontrolle über das außerbetriebliche Brennholz und für die Prüfung und Feststellung der außerbetrieblichen Herkunft bei der Weiterleitung dieses Holzes.

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Erhebung einer Zuschlagsgebühr für die Benützung des städt. Schlachthofes und Viehhofes

Zu den Gebühren im Schlachthof soll ein Zuschlag bis 40 A für jedes Pfund gemächlich geschlachteten Fleisches und bis zu 20 A für jedes Pfund nach Karlsruhe eingeführten Fleisches erhoben werden.

Genossin Stv. Bernauer kritisiert die Verhältnisse bei der Freibank des Schlachthofes und Viehhofes.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Änderung der Besatzungsordnung

Wir haben das wesentliche aus der Vorlage schon. Ein nachträglicher Antrag des Stadtrats verlangt die Erhebung einer um 50 Prozent erhöhten Gebühr bei Feuerbestattung, solange die Feuerung der Brennstoffe ansteht.

Gen. Stv. Wöringer stimmt namens der sozialdemokratischen Fraktion der Vorlage zu, betont aber den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie auf Unentgeltlichkeit der Feuerbestattung. Den nachträglichen Antrag lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab.

Der erste Teil der Vorlage wird einstimmig, der nachträgliche Antrag wird gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen.

Schönung der Spar- und Pfandkassette

Stv. Wittmann (Ztr.) macht in einer überlangen Rede eine Anzahl Verbesserungsvorschläge und begründet einen Abänderungsantrag, gegen den sich Bürgermeister Kleinhardt wendet. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Der Antrag des Zentrums wird abgelehnt.

Neuregelung der Desinfektionsgebühren

Stv. Gen. Krall fordert Unentgeltlichkeit der Desinfektion. Die sozialdem. Fraktion stimmt aber im Hinblick auf die finanzielle Lage der Stadt der Vorlage zu. Die Desinfektion verfährt aber oft dadurch ihren Zweck, daß sie erst mehrere Wochen später ausgeführt werde. Viel mehr Wert auf die Schuldesinfektion muß aber auf die laufende Desinfektion verwendet werden. Hier sei Anstellung von Hausbesuchswestern nötig.

Die Vorlage wird von dem seit letzten Hause einstimmig angenommen. — Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 1. Dezember.

Die Berichterstattung vom badischen Parteitag findet heute Mittwoch, 1. Dezember, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

- Nordstadt: Restauration zur „Schrumpel“, Durlacherstraße.
- Südstadt: Rest. zum „Scheffelhof“, Ludwig-Wilhelmstraße.
- Mittel-Südweststadt: Rest. zum „Auerhahn“, Schützenstraße.
- Weststadt: Rest. zum „Gold-Krone“, Amalienstr.
- Weststadt: Rest. zum „Württembergischer Hof“, Goethestraße.
- Mühlheim: Restauration zum „Schwanen“.

In diesen Versammlungen werden sprechen: Die Genossinnen Müller und Fischer, die Genossen Horter, Beech, Lang, Runge, Börner, Schöpflin und Schwerdt. Die Genossinnen und Genossen werden dringend ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Diejenigen Vororte, die bis jetzt weder den Tag noch das Lokal zur Berichterstattung angezeigt haben, werden hiermit aufgefordert, dies unverzüglich beim Vorsitzenden Genossen Schwerdt, Wilhelmstraße 76, zu tun.

An die Obste! Die Obstele der einzelnen Bezirke werden ersucht, in den heutigen Bezirksversammlungen auf die Kurze der Genossen Dr. Kullmann und Trinks hinzuweisen und Listen zu Einzeichnung anzufertigen zu lassen und dieselben an Gen. Redakteur Winter, „Volkstreu“, abzugeben. Auch sei darauf hingewiesen, daß die Arbeiter-Jugend am Sonntag, 12. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gemeindehaus der Weststadt, Blücherstraße 20, ihre Winterfeier abhält. Jugendgenossen und Jugendgenossinnen werden heute abend in den Versammlungen angewiesen sein mit Programmen, Eintritt 1.15 A. Wir bitten die Parteimitglieder, die Arbeiter-Jugend durch rege Abnahme der Programme zu unterstützen.

Aus dem Wochenbericht des städt. Preisprüfungsamts

Fleischversorgung. In den vergangenen Wochenmärkten wurde vollwertiges Rindfleisch für 12-13 A, zweite Güte sogar schon mit 9 A das Pfund, angeboten. Auf den großen Viehmärkten Norddeutschlands machte sich teilweise schon wieder ein Anziehen der Preise bemerkbar. Wie sehr die Notwendigkeit amtlicher Preisbildung allseits gutgeheißen wird, zeigt das Vorgehen des Stadtrats in Oberburg, der nach dem Berichte der „Allgemeinen Fleischzeitung“ für Fleisch und Wurstwaren folgende amtliche Höchstpreise festsetzte: Rindfleisch 7.50 A, Schweinefleisch 12.50 A, Griebennurdt 4 A, Leberwurst 5 A und solche aus reinem Schweinefleisch 12.50 A. Die Landfleischzeitung setzte folgende amtliche Preise fest: Rindfleisch 8-11 A, Schweinefleisch 16 A, Hammelfleisch 11 A. Es besteht die Hoffnung, daß das einmütige Zusammenstreben der jetzt überal sich bildenden Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Preisprüfungsausschüsse mit den staatlichen und städtischen Behörden allmählich eine verständliche einheitliche Preisbildung und Preisausgleichung im ganzen Land und Reich zeitigen wird. — Kartoffelversorgung. Die Belieferung im Kleinvertrieb zeigte daselbst betrübende Bild wie in der letzten Woche. Käufer 45 Pfennig, welche der Besitzer des Vahnenhofs am Samstag auf den Markt brachte, gab es im Kleinvorverkauf überhaupt keine Kartoffeln. Der stark andauernde Frost, der jede Zufuhr unterbindet, läßt neue Schwierigkeiten herankommen. — Obst, Gemüse und sonstige Nahrungsmittel. Das Angebot an Obst war reichlich, die Güte sehr gering, die Preise steigend, die Nachfrage sehr schwach. Die Belieferung mit Frischgemüse war befriedigend. Fette Käse, Feigwaren, Hülsenfrüchte und Getreide wurden zu handhabenden Preisen angeboten. Auch das Angebot an Wild, Geflügel und Fische war hinreichend bei gleichbleibenden Preisen. — Zur Anzeige wegen Preisüberschreitung gelangten vier Personen.

Strommangel. Gestern und heute vormittag blieb die Stromlieferung eine Zeit lang aus, doch im Verlaufe unserer Zeitung eine Verhütung eintrat. Wir bitten unsere Leser, dies zur Kenntnis zu nehmen.

12. Dezember. Das Jahr geht zu Ende. Der Dezember ist der 12. und damit der letzte Monat des Jahres. Er ist der erste Wintermonat, in dem das Leben in der Natur erstarbt und häufig Kälte, Eis und Schnee herrschen. Trotz dieser unfreundlichen Eigenschaften ist der Dezember bei unserer Jugend besonders beliebt. Denn in ihm wird das Weihnachtsfest, das liebste Fest der Kinder gefeiert. Deshalb lautet eine deutsche Bezeichnung für den Dezember Christmonat, eine andere unter dem Hinweis darauf, daß das Christfest an die Stelle des von den Germanen zur Zeit der Winterjohannisfeier, dem astronomischen Winteranfang, gefeierten Julfestes getreten ist, auch Julmond oder auch kurz Jul. Von den 31 Tagen sind 4 Sonntage, der 25. Dezember ist der Christtag, der 26. der Stephanstag, in unserem Jahre aber ein Sonntag. Von den übrigen Tagen ist der 8. Maria Empfängnis, ein katholischer Feiertag, der aber nicht allgemein begangen wird. Im Dezember nehmen die Tage weiter ab, bis sie am 22., dem Tage der Winterjohannisfeier, mit 7 Min. 51 Sekunden ihre kürzeste Ausdehnung erlangt haben, dann nimmt die Tageslänge wieder langsam zu.

A. Die Sozialdemokratischen Geistesarbeiter (Verbände der Sozialdem. Partei) veranstalten am kommenden Freitag, 3. Dezember, abends 1/8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im Saal 8 Schreypp (Waldstraße). Gen. Professor Rothmann spricht über „Die Not der geistigen Arbeit“. Die Versammlung hat den Zweck, die Geistesarbeiter davon zu überzeugen, wie dringend notwendig gerade in der heutigen Zeit die Solidarität aller Arbeitenden ist. (Siehe Inserat.)

B. Die Bürgervereinsung der Weststadt hatte ihre Mitglieder und deren Angehörige zu einem Tanzabend in die drei Stunden am Samstag, den 27. November, eingeladen. Anlässlich einiger Dankworte, die der Vorsitzende des Vereins an Schüler und Lehrer des Tanzsaales richtete, gedachte derselbe auch der zur Zeit für unsere lieben Kleinen veranstalteten Kinderhilfe und forderte die Erhöhenen in warmen Worten auf, dieser segenspendenden Einrichtung zu gedenken und sein Scherlein zur Beseitigung der Not beizutragen. Diese Aufforderung fand volles Verständnis, denn eine Kassenabrechnung erbrachte den Betrag von 300 A, die der Kinderhilfe zugeführt werden sollen. Möge dieses schöne Zeugnis sozialer Verbundenheit vielfältige Nachahmung finden.

Aus dem Lande

Willingen, 30. Nov. Für das ganze Versorgungsgebiet des Kraftwerks Laufenburg sind infolge des starken Rückgangs des Rheinwasserstandes Sperrtage eingeführt worden, an denen kein Strom geliefert wird.

Ronhans, 30. Nov. Der Führer des Lastautomobils einer hiesigen Firma verlor im Motor verhaftet 500 Franken Silber in die Schmeiz zu schmeigeln. Am Hof entdeckte man das Geld und beschlagnahmte es. Die Firma ist an dem Schmeiz unbeteiligt.

Adenheim (bei Lahr), 30. Nov. In der Nacht zum Samstag wurde in die katholische Pfarlkirche in Dudenheim eingebrochen. Die Räuber stahlen aus der Sakristei die Konfirmanden zwei Ketten und alle Metallgegenstände. Dann nahmen sie die gefüllte Opferbüchse mit. Auch in die protestantische Kirche drüben die Diebstahlschellen einen Einblick. Sie konnten jedoch nur wenig wertvolle Gegenstände erbeuten.

Schwelzingen, 30. Nov. In vier Räuten wurde hinter einander von noch unbekanntem Täter in das Badehaus Karl Theobors im Schwelzinger Schlossgarten eingebrochen und ein Teil d. s. sehr wertvolle Mobiliars gestohlen. Die gestohlenen Möbelstücke haben laut „Schwelzinger Zeitung“ einen Wert von über 60 000 A. Es handelt sich um zwei kleine Kommoden, um einen Schreibtisch, einen goldgelben Tisch und um zwei Sessel mit grünem Belederzeug.



MAGGI'S Suppen

Erbs, Grünkern, Hausmacher, usw. sind in vorzüglicher Qualität wieder überall erhältlich.

Für Vereine Tanzlehrer

empfehle unübertragbare Tanzkontrollen, Tombola-Lose, Koffillan-Orden, Eintritts-Karten, Diplome etc.

Bernhard Müller Papierhandlung, Karlsruhe, Kaiserstr. 235, Telefon 5366.

Daniels Konfektions-Haus, Wilhelmstraße 34, 1 Treppe.

Felze, Muffe, Püsch-Garnituren, Astrachan-Mäntel, Flauschmäntel, staunend billig.

Wiederverkäufer gesucht zum Verkauf von Simonsenstoffe und Apfelmohr. Anfragen unter M. G. 2163 an Rudolf Woffe, München. 3117.

Kragen

-Wäscherei Schorpp liefert schnellstens Annahmestellen: Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstr. 34 u. 243, Gerwigstraße 46, Amalienstraße 15, Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastraße 13, Schillerstraße 18, Kaiserallée 37, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstr. 15.

Prima Speiseöl pro Liter Mk. 26.-, Reines Schweinefett, Pfd. Mk. 22.-, Rein-Bienenhonig (mit 1000) Pfd. Mk. 22.-, Weißer Gries pro Pfd. Mk. 5.-, Kramer, Jähringerstr. 1.

Palast-Theater, Moderne Lichtspielbühne, Herrenstr. 11, Telefon 2502. Ab Heute! Der vielbesprochene Ausstattungsfilm Das Fest der schwarzen Tulpe. Monumentalfilm in 7 Akten von Maria Luise Droop, der bekannten Verfasserin des Filmromans Die Lieblingsfrau des Maharadscha. Hauptrollen: Carl de Vogt, Meinhardt Maur, Helga Hall, W. Diegelmann. Wochentags: 4, 6 u. 8 Uhr. Sonntags: 3, 5, 7 u. 9 Uhr.

Niedrige Preise

für

STOFFE

Blusenstoffe, gestreift Meter 12.75, Hauskleiderstoffe, gestreift 19.75, Damentuch, Halbwolle, vorzügl. Ware 28.50, Mantelstoffe, ca. 130 cm schwere Ware 45.-, Kammgarn-Cheviot ca. 140 cm reine Wolle Mtr. 78.50, Herrenstoffe, ca. 140 cm griffige Ware Meter 42.-, Herrenstoffe, ca. 145 cm marine u. schwarz Mtr. 48.-, Herrenstoffe, ca. 140 cm reine Wolle Mtr. 90.-, Baumw.-Mousseline, ca. 80 cm 14.50, Kleider-Woll-Voile, bedruckt 19.75, Voll-Voile, weiss, ca. 115 cm 26.50

Wäschetuch, ca. 90 cm, gute Qualität Meter 14.50, Hemdenflanell, gestreift, gute Ware 80 cm 15.75, Blusenflanell, hübsche Streifen, 80 cm 16.75, Flanell, weiss u. farbig, f. Unterkleider 14.50, Kleider-Velours, gemustert, ca. 80 cm 14.75, Rohkörper, ca. 15/80 cm, geräut 14.50, Raukörper, ca. 80 cm, gebleicht 16.50, Rockflanell, gestreifte schwere Ware 16.75, Bettbarchend, rot und blau 22.50, Frottierhandtücher, gestreift 8.75, Körper-Futter, ca. 80 cm 14.75

Frotté-Seide ca. 70 cm breit, reine Seide, ca. 60 Farben, für Blusen, Kleider und Dekorationen Meter 22.50

Wasch-Samt ca. 60 cm breit, reine Seide, ca. 60 Farben, für Blusen, Kleider, Dekorationen Meter 28.50

Biber-Bettücher und Schlafdecken 58.50 42.50

TIETZ

Karlsruhe.

Eider-Schlafdecken 68.50 58.50

Alt. Gold, Silber, Platin, Kaffat. Kaffat. Verkauf von Alt- u. Möbel, Kael Rauch, Dreherstr. 3, Dreherstr. 3.

Sozialdemokrat. Geistesarbeiter, öffentliche Versammlung, Die Not der geistigen Arbeit, Arbeiter-Radfahrerbund 'Solidarität', General-Versammlung

Passende Weihnachts-Geschenke, Kofferhaus Lämmle Kronenstr. 51, Damentaschen, Reisekoffer, Brieftaschen, Sporttaschen, Aktenmappen, la Stoff-Rucksäcke, Geldscheintaschen, la Wachsuhc-Marktaschen, sowie sonstige Lederwaren und Reiseartikel.

Braut-Kränze, W. Sims Nachf., Kreuzstraße 4.

SCHLOSSHOTEL KARLSRUHE, RESTAURANT mit erstklassiger Küche, In der Diele: 5 UHR-TEE, C. WÄLDE.

Verkauf von Gummiüberziefern, Die Stadt-Verwaltungsstelle bringt einen Posten guter amerikanischer Gummiüberziefer zum Verkauf.

Liederhalle Karlsruhe, Samstag, 4. Dez. 1920, abends 7 Uhr, im grossen Saale der Festhalle, KONZERT zur Feier des 78. Stiftungsfestes.

Achtung! Billige Weihnachts-Geschenke in Stoff-Resten für Herren- und Damen-Kleider in guten Qualitäten, Leo Cahnmann, Werdarplatz 33.

Welschkorn-Gries, fortwährend abzugeben, Pfund 3.20, Griesmühle Robert Kästel, Forchheim.

Rich. Kittel, Uhren, Gold- u. Silberwaren, Am Stadtgarten 1, Telefon 2540, Edele Killingerstrasse, Hauptbahnhof, Grosse Auswahl in mod. Wanduhren Standuhren, Reparatur-Werkstätte.

Baubund-Möbel, Wohnzimmer, HerrensZimmer, Schlafzimmer, Küchen-Einrichtungen, in solider Ausführung, den verändernden Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst, Badischer Baubund e. m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22.

Neuer Apfelwein, aut bereiten, in vorzüglicher Qualität, empfiehlt von 25 Liter an, Heinrich Kay, Kelterei, Leisingstraße 16.

Gänselebern, werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft, G. Meck, geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21, II. St.

Gänselebern, werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft, K. Meiser, Kreuzstraße 20, II. Stod.

Mandolinen Gitarren, und 6170

Santen, Weintraub's, M- u. Verkaufsgeschäft, 52 Kronenstr. 52.

Kleider, Schuhe, Möbel, neu u. geb. kaufen Sie am billigsten bei uns, Glözer, Jähringerstraße 53 a.

Deutsche Teppiche, Diwan-Decken, Bett-Vorlagen, in nur 5764, besten Qualitäten sowie, Künstlermatten, in allen Grössen, empfiehlt zu billigsten Preisen, Teppich-Haus, Carl Kaufmann, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 157.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.